

## **Pressekonferenz „Wenn Schule krank macht!“ am 14. Mai 2007**

### **Barbara Haas, stellv. Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg:**

Elf Jahre nach Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes gibt es bei dem größten Arbeitgeber des Landes mit 110 000 Beschäftigten, dem Kultusressort, noch immer keine flächendeckende Umsetzung der Vorgaben des Gesetzes.

Dabei ist längst belegt, dass Lehrer/innen einen **Stressberuf** ausüben. Ich verweise auf Namen wie Prof. Joachim Bauer, Schönwälder, Schaarschmidt. Berufsgruppenvergleiche wie zum Beispiel der COPSOQ (Copenhagen psychosocial Questionnaire) reihen Lehrer/innen mit Ärzten und Pfarrern (z.B: bei emotionalen Anforderungen oder „personal burnout“) in die am höchsten belasteten Berufe ein. Das Erkrankungsrisiko steigt ohne lang angelegte Prävention mit zunehmendem Alter überproportional. Leider liegen in Baden-Württemberg zu wenige Zahlen über Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit vor, die zwar wegen der Einführung finanzieller Einbußen zurückgegangen sind, allerdings immer noch bei mindestens 25 Prozent liegen.

Auch die Planungen der Landesregierung, die **Lebensarbeitszeit** von Lehrerinnen und Lehrern mit schnellen Schritten heraufzusetzen, sind unverantwortlich angesichts fehlender Gesundheitsprävention in Schulen. Ältere Kolleg/innen werden nicht mehr von den Maßnahmen profitieren, die erst langsam ihre Wirkung entfalten. Auch zur Verjüngung der Kollegien wird die längere Lebensarbeitszeit nicht beitragen, denn sie wird die Einstellungschancen junger Lehrkräfte herabsetzen.

Die GEW lehnt daher die Pension mit 67 ab, begrüßt allerdings Verhandlungen darüber, wie Kolleg/innen länger gesund arbeiten können.

Belastungen durch Lärm und schlecht schallisolierte Schulräume belasten ältere Lehrer/innen besonders. Dies belegte auch die erste Probephase zur Umsetzung des Arbeitsschutzes im Südwesten im Jahr 2001. Es fehlen Rückzugsräume an Schulen, der schulische Ablauf mit fehlenden Pausen wird den Erholungsbedürfnissen älterer Kolleg/innen nicht gerecht. Ältere Lehrkräfte haben trotz zunehmender Erfahrung Einbußen an Schnelligkeit und leiden unter der Hektik des Schulalltags besonders, wie auch unter den ständigen Neuerungen, die zu einer Überlastung mit Besprechungen und Konferenzen führen.

Dies ist alles nicht allein mit „Bordmitteln“ zu verändern, die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen verbessern: Ältere Lehrer/innen brauchen in den letzten 15 Jahren ihrer Berufstätigkeit eine angemessene Altersermäßigung (die Streichung ist und bleibt unverantwortlich!), und Schulen, Schulleitung und Kollegium müssen ihr Bewusstsein im Umgang mit der Arbeit älterer Lehrer/innen ändern.

Das Fatale an unserem Beruf ist, dass man im Unterricht nicht langsamer arbeiten kann, wenn man den Schüler/innen gerecht werden will, dass aber jegliche Verlangsamung im außerunterrichtlichen Bereich zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit führt, die eben nicht begrenzt ist. Wir brauchen daher auch Maßnahmen, die älteren Lehrer/innen ein „schonenderes“ Arbeiten ermöglichen:

- Bereitstellen von Spielräumen in Form zusätzlicher Lehrerwochenstunden an die Schulen, um den Einsatz älterer Kolleg/innen schonender planen zu können: durch Team Teaching, durch Einsatz in anderen schulischen Arbeitsfeldern (Beratung; Förderung in kleinen Lerngruppen) mit der Vorgabe, die Ressourcen tatsächlich zur Entlastung älterer Kolleg/innen einzusetzen.
- Bessere Fortbildungsangebote bei bildungspolitischen Veränderungen und neuen schulischen Aufgaben, die insbesondere auf die Bedürfnisse älterer Lehrer/innen angelegt sind (z.B. Teamarbeit, Arbeit am PC in bestimmten Themenfeldern)
- Angebot von Coaching zur Beziehungsgestaltung für Gruppen aus einem Kollegium, die auch die Zusammenarbeit der Generationen bearbeiten.

Für alle Lehrer/innen muss endlich ein **Gesundheitsmanagement** (Strukturen von der Schulverwaltung bis in die Schule) verankert werden, das nicht nur die Schulleitungen für ihre eigene Schule in Pflicht nimmt, sondern auch den Arbeitgeber Landesregierung. Das Kultusministerium ist zwar gerade dabei erste Schritte zu gehen, es hat allerdings viel Druck von Seiten der GEW und der Hauptpersonalräte benötigt, um soweit zu kommen:

- Es gibt eine „Leitstelle betriebsärztlicher Dienst“ beim Kultusministerium und Ansprechpartner/innen in der Schulverwaltung. Verträge mit betriebsärztlichen Diensten zur Bereitstellung von Betriebsärzten,
- Checklisten zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilungen (GBU) in den Schulen, im Pretest in 20 Schulen im Landkreis Ludwigsburg als gut befunden,
- ein Konzept zur Umsetzung vor Ort,

- 1,3 Millionen Euro im Landeshaushalt 2007 zur Finanzierung dieser Maßnahmen, die für eine flächendeckende Umsetzung bei weitem nicht ausreichen, da sie nur an der Beschäftigtenanzahl und der Ausstattung mit Betriebsärzten nach den Vorschriften der Unfallkasse orientiert ist. Die in der Koalitionsvereinbarung angekündigten „Einsparungen“ durch die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit von Lehrer/innen müssen als Vorleistung eingestellt werden, da eine Prävention sonst lange nicht wirksam werden kann.

Es muss noch einiges geschehen, damit Maßnahmen im Schulsystem und in den Schulen Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich entlasten können:

- Gefährdungsbeurteilungen über die psychischen Belastungen in allen Schulen,
- Gefährdungsbeurteilungen über den sicherheitstechnischen Zustand der Arbeitsplätze, zum Beispiel Lärm und Feinstaubbelastung,
- Gremien in der Schule zur Erarbeitung entsprechender Maßnahmen und im Schulsystem **mit Zeit** für diese Aufgabe: Arbeitsschutzgremien, Gesundheitszirkel,
- Verbindung und Verankerung der Gesundheitsprävention in den Neuerungen des Kultusministeriums wie zum Beispiel der Evaluation,
- Ausbau von Unterstützungssystemen zur Umsetzung der Maßnahmen: Beratung durch Ärzte und Arbeitspsychologen; durch Fachberater/innen, die vor Ort zur Verfügung stehen, durch Prozessbegleiter/innen, die Schulen in ihrem Prozess unterstützen,
- Bessere Rahmenbedingungen durch die Landesregierung: Abbau von Belastungen ist nur zum Teil innerschulisch zu erreichen durch eine bessere Arbeitsorganisation, durch Schulentwicklungsmaßnahmen und sicherheitstechnische Maßnahmen. Dafür ist die Schulleitung mit den Gremien in der Schule verantwortlich. Es müssen auch Rahmenbedingungen im Schulsystem verändert werden, zum Beispiel Entlastung für den Unterricht in großen Klassen, Trainings zum Umgang mit schwierigen Schüler/innen (besonders in der Hauptschule), Lärmschutzmaßnahmen, Bereitstellen von Supervision und Coaching, Fortbildungen, Informationsveranstaltungen etc. Dafür ist der Arbeitgeber Land zuständig,
- Altersermäßigung, Altersteilzeit, etc..

Dazu kommt grundsätzlich:

- Schulen werden noch immer in ihrem **Gefährdungspotential** wie Bürobetriebe behandelt. Dies geht auf alte Zeiten zurück, in denen Gefährdungspotentiale allein nach der sicherheitstechnischen Lage beurteilt wurden und ist längst überholt, da der Lehrberuf intensiv mit Menschen zu tun hat und die psychische Belastung inzwischen anerkannt und unumstritten sind. Wir fordern daher eine Anerkennung der Schulen als Betriebe mit hohem Gefährdungspotential.
- Die Zuständigkeit des Landes für die sicherheitstechnische Betreuung muss endlich gesichert und umgesetzt werden.
- Im Landeshaushalt sind grundsätzlich finanzielle Mittel nach Beschäftigtenzahl für die Betreuung durch Betriebsärzte und **Fachkräfte für Arbeitssicherheit** einzustellen.

Dazu folgende Erläuterung: Es gibt im diesem Land keine einzige **Fachkraft für Arbeitssicherheit** für den Arbeitsplatz der Lehrer/innen, die Schulen bei der sicherheitstechnischen Prüfung des Arbeitsplatzes von Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Eine gründliche Gefährdungsbeurteilung ist nicht ohne diese Fachkräfte zu machen.

Seit elf Jahren weigert sich das Land als Arbeitgeber der Lehrer/innen, diese Fachkräfte zu finanzieren und behauptet, dies sei Sache der Schulträger. Diese wiederum fühlen sich nur zum Teil für die Ausstattung der Lehrerarbeitsplätze zuständig und wollen die Fachkräfte nicht voll finanzieren. Dieser Streit wird seit Jahren nun auf dem Rücken der Lehrer/innen ausgetragen, die vor Ort überhaupt keine sachkundige Unterstützung vorfinden. Dies ist ein Skandal für einen so großen Arbeitgeber! Die GEW fordert das Land auf, in Vorleistung zu gehen und die Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu stellen und die finanzielle Einigung mit den kommunalen Trägern unabhängig davon endlich zu klären.

Ein Beispiel aus Niedersachsen: Dort wurden Lehrkräfte professionell als Fachkräfte für Arbeitssicherheit ausgebildet, die systematische Schulen auf sicherheitstechnische Gefährdungen untersuchen. So etwas könnten auch wir uns vorstellen, gemischt mit „echten“ Professionellen der betriebsärztlichen Dienste.